

Übernahmepläne der Stadt sorgen für böses Blut

Biel Die Ansprechstelle Integration wird seit 2014 durch den Verein Multimondo betrieben und ist zuständig für 109 Gemeinden in der Region. Nun unternimmt die Stadt Biel aber einen zweiten Anlauf, die Stelle bei der Stadtverwaltung anzugliedern – und erntet dafür massive Kritik.

Lino Schaeren

Die Stadt Biel läugelt damit, die Ansprechstelle Integration ab 2014 zu übernehmen. Geführt wird sie für die Region Biel, Seeland und Berner Jura seit 2014 vom Verein Multimondo – und dieser ist aufgrund der städtischen Bestrebungen einer Angliederung in Alarmbereitschaft. Das wurde an der Stadtratssitzung vom Donnerstag deutlich, als die Ratslinie die traktandierete Interpellation «Leistungsauftrag Ansprechstelle Integration» zum Anlass nahm, eine Grundsatzdiskussion loszutreten. «Man könnte den Eindruck erhalten, als ob es heute um einen Entscheid gehen würde», kommentierte Sozial- und Sicherheitsdirektor Beat Feurer (SVP) lapidar. Er stand bereits bei den vorangegangenen Wortmeldungen immer wieder im Mittelpunkt: Etliche sprachen sich vehement gegen eine Angliederung der Ansprechstelle Integration an die Stadtverwaltung aus – auch, weil der zuständige Direktor Beat Feurer heisst.

Dabei hatte der Bieler Stadtrat in dieser Angelegenheit tatsächlich nicht zu entscheiden. Die Interpellation, Fragen, die der Gemeinderat zu beantworten hat, befasste sich mit dem Umstand, dass die Stadtregierung in Betracht zieht, sich erneut um die Ansprechstelle Integration bei der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) zu bewerben. Sie tat dies bereits 2013, damals erhielt aber Multimondo den Zuschlag für den Rahmenleistungsvertrag 2014–2017. Dies, darauf wurde im Stadtrat zumindest mehrfach verwiesen, weil das städtische Angebot mit jenem von

Multimondo qualitativ nicht mithalten können. «Ist es also die Aufgabe der Stadtverwaltung, gut funktionierende Angebote zu konkurrieren?», sagte Susanne Clauss (SP) im Rat und beantwortete die Frage selber: Multimondo wolle sich weder zurückziehen, noch gebe es qualitative Mängel.

«Im Gegenteil, stets ist grosse Zufriedenheit geäussert worden.» Sollte die Stadt übernehmen, so Interpellantin Clauss, würde nicht nur das grosse Kontaktnetz verloren gehen. «Die Direktion Sicherheit und Soziales müsste sich auch

«Den Migranten ist ein solcher Direktor nicht zuzumuten.»

Fritz Freuler, Stadtrat Grüne

erst einmal das ganze Fachwissen aneignen.»

«Doppelspurigkeit aufheben»

Das sieht der Gemeinderat anders, er verweist darauf, dass man mit einer Angliederung Synergien nutzen könnte. Die bereits bestehende Fachstelle Integration verfüge in den Bereichen Projektberatung, Informationsvermittlung, Beratung von öffentlichen und privaten Organisationen sowie Vernetzungsarbeit «über bewährte und etablierte Gefässe, die jedoch nur für die Stadt Biel offenstehen», heisst es in der Beantwortung der Interpellation. Für die Region übernehme diese Auf-

gaben die Ansprechstelle Integration. Diese Doppelspurigkeit solle mit der städtischen Bewerbung aufgehoben werden.

Auch der Grund dafür, dass die Ansprechstelle Integration per Entscheid im Jahr 2013 bei Multimondo und nicht bei der Stadt landete, ortet Feurer freilich an einem anderen Ort als Clauss und ihre Mitstreiter. «Das damalige Verhältnis zwischen der städtischen Direktion und der GEF war nicht vertrauensvoll», blickt der Direktor zurück. Der Entscheid habe nach seinem Empfinden wohl nicht mit qualitativen Mängeln der städtischen Offerte zu tun gehabt. Als offizielle Begründung habe der Kanton angegeben, die Gemeinden aus dem Berner Jura hätten gewünscht, dass Multimondo und nicht Biel den Kantonsauftrag erhält. Der jeweilige GEF-Direktor erteilt den Zuschlag in Absprache mit den betroffenen Gemeinden – das sind im Einzugsgebiet Biel, Seeland und Berner Jura immerhin 109.

Feurer lässt also durchblicken, dass er hinter der Absage für die Stadt vor vier Jahren vor allem politische Gründe vermutet. Bis im Sommer 2016 führte Philippe Perrenoud (SP) die GEF, dann übernahm Feurers SVP-Parteikollege Pierre Alain Schnegg. Hat sich die Stadt deshalb für die Verhandlung des neuen Vertrags bessere Chancen erhofft? Feurer relativiert: Das Verhältnis habe sich seit Jahren kontinuierlich verbessert und nicht erst seit dem Wechsel an der Spitze der GEF.

Stadt soll Angebot verbessern

Dass sich die Stadt im Frühjahr 2017 für den Rahmenleistungs-

vertrag 2018–2021 interessiert habe, sei, so Feurer, zudem ganz natürlich, «es war immer bekannt, dass wir uns für die Ansprechstelle Integration interessieren.»

Tatsächlich gibt der Gemeinderat an, dass es Vertreter der kantonalen Abteilung Integration gewesen seien, die die Stadt Biel darüber in Kenntnis gesetzt hätten, dass die Verhandlungen über die neuen Rahmenverträge nun beginnen würden. Die Stadt solle ihr Interesse mitteilen, da keine Ausschreibung geplant sei. Das hat der Gemeinderat getan und «ein Detailkonzept mit Begleitschreiben gemäss den Vorgaben der GEF bei dieser eingereicht.»

Die GEF hat bis heute keinen Entscheid getroffen, wer den Zuschlag erhält für den Leistungsvertrag 2018–2021. Sie hat sich im Gegenteil selber und vorab der Stadt Biel mehr Zeit gegeben, indem Multimondo mit einem Einjahresvertrag für 2018 ausgestattet wurde. «Der Einjahresvertrag hat mit der Bewerbung der Stadt Biel zu tun», bestätigt Manuel Haas, Leiter der Abteilung Integration bei der GEF. «Die Stadt muss ihr Angebot noch überarbeiten», sagt er, so sei beim ersten Angebot noch zu wenig klar aufgezeigt worden, wie man die verschiedenen Regionen abdecken wolle. Damit meint Haas vor allem den Berner Jura. Zudem habe man Abklärungen treffen müssen, betreffend der organisatorischen Trennung von Ansprechstelle und Fremdenpolizei.

Multimondo initiiert Debatte

Damit bestätigt der Kanton zumindest teilweise zwei der Hauptkritikpunkte der Interpellanten: Sie hatten die städtischen Mög-

lichkeiten infrage gestellt, für alle 109 Gemeinden Ansprechstelle zu sein. Zudem wurde die fehlende Gewaltentrennung ins Feld geführt – und hier kam auch die Person Beat Feurer ins Spiel. Es wurde moniert, dass mit einer Angliederung Feurers in der Kombination von Ansprechstelle und fremdenpolizeilichen Aufgaben Möglichkeiten erhalten würde, die es zu verhindern gelte. «Den Migranten ist ein solcher Direktor nicht zuzumuten», sagte Interpellant Fritz Freuler (Grüne), weshalb man einen neuen Vorstoss lanciere.

«Das ist irrational, ich nehme nur wirtschaftlich Einfluss.»

Beat Feurer (SVP), Direktor Soziales und Sicherheit

Auch weitere Redner sprachen Feurer das Vertrauen ab, Befürchtungen wurden geäussert, dass der SVP-Direktor die Angliederung für politisch motiviertes Vorgehen gegen Migranten nutzen könnte.

Feurer zeigte sich unbeeindruckt, «die Ängste sind irrational», sagte er. Er selber werde nur bei betriebswirtschaftlichen Überlegungen Einfluss nehmen. Er bat die Stadträte deshalb, die Frage nach der Angliederung nicht aufgrund von Köpfen zu beantworten, «der Herr Feurer ist in ein paar Jahren vielleicht weg.»

Die nun am Donnerstag eingereichte Motion fordert, dass die Ansprechstelle Integration, sollte

die Stadt ab 2019 tatsächlich den Zuschlag erhalten, nicht auf Feurers Direktion angegliedert wird. «Nur eine organisatorische Trennung gewährleistet, dass die Ansprechstellen ihre Aufgaben neutral wahrnehmen können», heisst es in dem Vorstoss.

Auch Haas sagt, dass die Führung von Ansprechstelle und Migrationsbehörde unter demselben Direktor «nicht optimal» sei. Die Abklärungen der Rechtsabteilung beim Kanton hätten allerdings ergeben, dass diese Organisationsform nicht gegen die Integrationsverordnung verstosse, da die Ansprechstelle nicht der Abteilung öffentliche Sicherheit unterstellt werden soll.

Überhaupt: Der Entscheid der Stadtregierung, ob sie die Ansprechstelle übernehmen will, steht noch aus. Bis anhin habe die Stadt lediglich ein Konzept erarbeitet, die Offerte sei noch nicht eingereicht. Diverse Stadträte appellierten deshalb an den Gemeinderat, sich das Ganze noch einmal zu überlegen. Die emotionale Diskussion im Rat war der Lobby-Arbeit von Multimondo zu verdanken. Bereits im September hatte der Verein ein Argumentarium an ausgewählte linke Stadträte verteilt.

Gestern liess Multimondo verlauten, dass die Zukunft der Institution bei einem Wegfall der Ansprechstelle Integration gefährdet wäre. «Etwa 40 Prozent des Umsatzes würde wegfallen», sagt Geschäftsführerin Regula Balmer. Man müsste wohl die Räume verlassen, weil man die Miete nicht mehr bezahlen könnte, sagt sie. Multimondo ist an der Neumarktstrasse einquartiert. In einem Gebäude, das der Stadt Biel gehört.

Reklame

Canal 3 SOUNDCHECK



Canal 3 präsentiert

Dada Ante Portas & The Souls



Gewinne Tickets für den Canal 3 Soundcheck mit Dada Ante Portas und The Souls am 24. November 2017!

Jetzt Radio Canal 3 hören und mit ein bisschen Glück bist du beim Konzert dabei.

Türöffnung: 19.00 Uhr
Konzertbeginn: 20.00 Uhr
Eintritt: Fr. 36.– (VVK)

Mehr Informationen unter www.canal3.ch

Schluss mit «Was wäre wenn»

Deutschland Der Alltag auf der Strasse bringt Martina Zürcher und ihren Mann immer mal wieder zurück zum Tag des Unfalls vom letzten Januar.

Der Lastwagen schwenkt auf die Überholspur aus, ohne uns zu sehen. Dylan tritt auf die Bremse,

Moderne Nomaden

Folge 16



Unterwegs leben im Kleinbus – eine Serie von Martina Zürcher

drückt dann auf die Hupe. Jetzt erst merkt der Fahrer, dass wir neben ihm sind und schwenkt wieder zurück in seine Spur. Früher folgten bei so einem Ereignis nur ein genervtes «dieser ****», und wir fahren weiter. Heute schnellert der Puls hoch und der ganze Körper versetzt sich sofort in Alarmbereitschaft.

Wir haben seit letztem Januar, als ein Falschfahrer frontal gegen unseren Bus prallte, bereits wieder mehr als 30 000 Kilometer zurückgelegt und haben den Schock im Kopf verdaut. Passiert aber auf der Strasse etwas Unvorhergesehenes, dann kommt vom Körper eine verstärkte Reaktion als zuvor. Ein Alarmzustand, den ich mir ge-

rade eben wieder einmal mehr bei allen Verkehrsteilnehmern auch wünschte, denn als wir den Lastwagen schliesslich überholen, steckt der Fahrer gerade seelenruhig sein Handy zurück in die Halterung neben dem Lenkrad.

Nur ein paar Stunden zuvor hörten wir auf einem Deutschen Radiosender einen Beitrag zum Thema Unfallprävention. Junge Erwachsene werden von Polizisten und Rettungssanitätern schonungslos mit den Folgen der Smartphone-Nutzung während dem Autofahren konfrontiert. Die Stimme der Rettungssanitäterin aus dem Radio bringt uns zurück auf die Autobahn voller Fahrzeugtrümmer. «Ich hielt Jens Arm und wusste, dass ich nicht mehr für ihn tun konnte. Er schaute mich an und sein Blick sagte mir, dass er wusste, dass er sterben wird.» Mit Hühnerhaut auf den Armen führe wir wortlos weiter. Genauso.

Vor Gericht

Eine ähnliche Geschichte hatte Dylan ein paar Wochen zuvor vor dem Landesgericht in Aachen erzählen müssen. Wir hatten mehr als ein halbes Jahr nach dem Falschfahrer-Unfall als Zeugen vor Gericht aussagen müssen. Noch nie fiel es uns so schwer, uns auf den Weg zu machen, wie an jenem Tag. Und obwohl wir dachten, das Erlebte gut verdaut und hinter uns gelassen zu haben, rissen die Narben im Gerichtssaal innert fünf Minuten

wieder auf. Dylan, in dessen Arm damals ein Mensch gestorben ist, konnte plötzlich nicht mehr sprechen. Konnte die Bilder, die wir zuvor erfolgreich aus unserem Alltag verdrängt hatten, nur sehr schwer und unter Tränen in Worte fassen.

Es waren nicht nur die Erinnerungen an die schwerverletzten Menschen. Hinzu kam die abstruse Situation plötzlich zwischen den beiden Parteien zu sitzen. Auf der einen Seite die Familien, die an jenem Tag Angehörige verloren hatten. Auf der anderen Seite der Unfallverursacher, dessen Augen ein ehrliches Schuldbewusstsein und gleichzeitig eine grosse Ratlosigkeit über sein eigenes Verhalten ausstrahlten. Er erinnert sich nicht mehr an den Tag des Unfalls. Weder daran, dass er hatte Selbstmord begehen wollen, noch an seinen Abschiedsbrief; was die Situation noch unsinniger und sehr wahrscheinlich für die Trauernden noch schwieriger macht.

Was ist Gerechtigkeit?

Da sitzt man dann da, zwischen all dieser Trauer und Fassungslosigkeit und fragt sich: Was ist Gerechtigkeit? Es ist absolut ungerecht, dass zwei Menschen tot sind, weil ein Dritter an jenem 21. Januar keine Lebenslust mehr empfand. Aber das Unrecht, es ist geschehen und was auch immer das Gericht entscheidet: Die betroffenen Familien müssen trotzdem mit der

Tatsache weiterleben, dass ihre Eltern nicht mehr am Leben sind. Hilft da ein Urteil eines Richters, hilft es zu wissen, dass der Täter dafür büsst? Vielleicht.

Dem Fahrer verzeihen

Wir für uns kamen bereits vor der Gerichtsverhandlung zum Schluss, dass der einzige Weg, damit umzugehen, das Verzeihen ist. Denn was uns bleibt, ist die Zukunft und da lebt es sich wesentlich besser damit, jemandem zu vergeben, als jeden Tag mit griesgrämigen «Was wäre wenn»-Gedanken in die Vergangenheit zu reisen.

Würden wir das gleiche sagen, wenn einer von uns den Unfall nicht überlebt hätte? Wir hoffen es. Denn für uns beide ist das Leben ein Vorwärtsschauen und Vorwärtsgen und jeder neue Tag eine Chance, von vorne anzufangen. So hatte Dylan im Gerichtssaal dann doch noch die Geistesgegenwart, die Entschuldigung des Täters nicht nur anzunehmen, sondern ihm auch zu wünschen, dass er den Weg zurück ins Leben wiederfindet.

Info: Martina Zürcher und Dylan Wickrama zeigen am 14.12. um 20 Uhr den Vortrag am «Am Ende der Strasse» im BBZ in Biel. Tickets und der neue Videoblog übers Noma-denleben: www.ride2xplora.com. Instagram: [ride2xplora](https://www.instagram.com/ride2xplora).

Alle Folgen finden Sie unter www.bielertagblatt.ch/dossiers/moderne-nomaden